



Liebe Erlenbacherinnen, liebe Erlenbacher,

seit über 30 Jahren werden Sie über dieses Blättchen informiert, was so in unserem Ort passiert. Es gab auch mal Beschwerden, dass man den Briefkasten mit WIR verschonen sollte, und wir informierten die ehrenamtlichen Verteiler, die dies berücksichtigen sollten. Für die Zahl der Beschwerden in 30 Jahren benötigt man nicht mal eine Hand zum Zählen.

Nun gibt es eine massive Beschwerde. Ein Anwohner schrieb uns folgendes: „Wie Sie richtig erkannt haben, besitzen Sie - unabhängig von Ihrer äußerst fragwürdigen Einordnung Ihres Mediums - nicht das Recht, dieses in meinen Briefkasten einzuwerfen. Leider musste ich feststellen, dass bereits zwei weitere Male, das Blatt in meinem Briefkasten eingeworfen wurde. Ich fordere Sie daher letztmalig dazu auf, den Einwurf zu unterlassen. Andernfalls sehe ich mich gezwungen, eine strafbewährte Unterlassungserklärung nebst Geltendmachung außergerichtlicher Rechtsverfolgungskosten einzufordern.“

Wir wissen nicht, ob eine Unterlassungsklage erfolgreich wäre. Immerhin steht in Artikel 21 des Grundgesetzes: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Wie soll man das bewerkstelligen, wenn man nicht informieren darf? WIR gehört sicher nicht zu den von Werbung beherrschten Wochenzeitungen, sondern berichtet objektiv über die Ortsbeiratssitzungen und „genehmigt“ sich manchmal bissige Kommentare – das macht jede Tageszeitung. Bei einer Abwägung wäre es einem Bürger sicher zuzumuten, sechsmal im Jahr zwei DIN-A-4 Seiten zu entsorgen, wenn er sich nicht informieren will.

In etlichen Fällen haben wir sogar direkt befragt, ob WIR trotz des Aufklebers „keine kostenlosen Zeitungen“ gesteckt werden soll. Die Befragten wollten alle „das Blättchen“ haben. So gibt es halt Einzelpersonen, die ehrenamtlich engagierten Menschen das Leben schwer machen. Sollten noch mehr Bürger dieses Kalibers auftreten, werden Sie in Zukunft etwas vermissen müssen. WIR würde auch Ihre Meinung dazu interessieren.

Aus dem Ortsbeirat

Im November gab es gleich zwei Sitzungen des Ortsbeirats. In den Bürgerfragestunden wurden am 3. November die Fusion der Sozialrathäuser Am Bügel und Nordweststadt zum „Sozialrathaus Nord“ vorgestellt, in der Sitzung am 24. November sprach Stadtrat Markus Frank zum Sicherheitskonzept der Stadt.

Frau Henzel, Leiterin des Sozialamtes, und die Damen Manger und Münchmeyer stellten das Konzept kurz vor. Im Wesentlichen ging es darum, Kosten zu sparen. Das Geling bei den Mietkosten und dem Wegfall einer leitenden Stelle. Der Weg zur Sozialstation wird für Erlenbacher jetzt etwa 15 Minuten länger als bisher dauern, ist aber mit der Linie 29 ohne Umsteigen zu erreichen, die Bushaltestelle soll direkt vor dem Haus sein.

In einem Pilotprojekt sollen zwei „Präsenzbüros“ eingerichtet werden, eines davon wie gehabt Am Bügel im Stadtteilbüro der GWH.

Der Ortsvorsteher informierte darüber, dass in Nieder Erlenbach 21 Bäume mit Informationstafeln versehen werden sollen und dass es am Alten Friedhof eine neue Beschallungsanlage gibt.

Folgende Anträge wurden verabschiedet:

- Die Wegoberfläche in der Kapersburgstraße 4 – 14 soll saniert werden (CDU).
- Am Platz für den Bücherbus soll ein Halteverbotsschild aufgestellt werden anstelle des Parkgebotsschildes (CDU)
- Ein weiterer Mülleimer soll neben der Trafostation an der Erlenbachbrücke aufgestellt werden (CDU).
- Eine Anfrage, ob auch in Nieder Erlenbacher Schulen die aggressive Lobbyarbeit von Unternehmen stattfindet (SPD, Anmerkung d. Red.: Anlass war ein konkreter Fall in Frankfurt. Die Aktualität der Anfrage wurde durch einen in der gleichen Woche veröffentlichten Artikel im „Spiegel“ unterstrichen).
- Die Otto-Hahn-Schule soll neue Klassenräume in Modulbauweise erhalten, um neue Gymnasialplätze zu schaffen (Tischvorlage aller Fraktionen gemeinsam).

Ein Magistratsbericht zu den Buslinien 65 und 2 (Bad Homburg) wurde zurückgestellt, weil sie unbefriedigend ist. Hierzu soll am 29.11. ein Antrag verabschiedet werden.

Diese Sitzung begann dann mit einer Überraschung: Ordnungs-, Wirtschafts- und Sportdezernent Markus Frank wurde schon in den Tageszeitungen angekündigt, dass er die Sporthalle für Nieder Erlenbach präsentieren werde – aus der dann ein Kunstrasenplatz für die Fußballer wurde. Immerhin hatte sich das vorher schon herumgesprochen (wahrscheinlich gut gestreut, die Wahl naht), so dass der Sitzungsraum gut mit Fußballern gefüllt war. Die mussten sich aber erst mal drei Vorträge zum Thema Sicherheit in Frankfurt anhören, sowohl vom Dezernenten als auch von den Herren Heinrich (Stadtpolizei) und Strittmatter (Präventionsrat). Unter dem Strich kann man sagen, dass Frankfurt recht gut aufgestellt ist und vor allem im Präventionsbereich viel tut, damit Kriminalität erst gar nicht entstehen soll. Und in unserem Stadtteil ist polizeistatistisch ohnehin „heile Welt“, weil hier sehr wenig vorfällt.

Nach diesen ausführlichen Vorträgen konnten die Fußballer endlich hören: ja, die Stadt stellt 1,8 Millionen Euro für einen Kunstrasenplatz zur Verfügung. Zurzeit werde untersucht, welche Varianten sinnvoll sind: Ersatz des Hartplatzes oder des Rasenplatzes mit Tartanbahn. Dem Sportverein sollen Vor- und Nachteile der Varianten vorgestellt werden und dann in Abstimmung mit dem Verein die Entscheidung getroffen werden. Frankfurt hat bisher 35 Kunstrasenplätze, Nieder Erlenbach steht jetzt oben bei den Investitionen für weitere Plätze.

Nach der langen Bürgerfragestunde wurden dann folgende Anträge verabschiedet:

- Die Stadt möge die Lersnersche Gruft in städtisches Eigentum überführen, um den vollständigen Verfall des Objektes zu verhindern (SPD).
- Die Buslinien 2 (Bad Homburg) und 65 sollen zu einer durchgehenden Linie von Bad Vilbel nach Bad Homburg zusammengelegt werden (Antrag der SPD, dazu eine Tischvorlage der Grünen, die dann verabschiedet wurde).

Ein weiterer SPD-Antrag zum Thema Parken in der Niedereschbacher Straße wurde zurückgezogen, um keine „schlafenden Hunde zu wecken“.

Die nächste Ortsbeiratssitzung wird am 12. Januar zusammen mit den Neujahrsempfang des Ortsbeirats im Bürgerhaus stattfinden. Dieser ist – wie alle Ortsbeiratssitzungen - öffentlich.

Fünf Jahre

dauert eine Wahlperiode, kurz vor den Wahlen verteilen die Regierenden die Geschenke. Auch wenn aus der Sporthalle nur ein Kunstrasen wurde: die Beschenkten werden dankbar sein. Andererseits: bis wir zum nächsten Mal was von der Sporthalle hören, werden sicher wieder fünf Jahre vergehen. Und zwar unabhängig davon, welche Konstellation nach der Kommunalwahl am 6. März regieren wird.

g. w.

Am Westrand geht es los!

Lange schon gibt es fertige Bebauungspläne für den Westrand Nieder Erlenbachs, doch es tat sich nichts. Grund waren ungeklärte Grundstücksfragen, die das Umlegungsverfahren behinderten. Doch damit scheint es jetzt vorbei zu sein: Im städtischen Amtsblatt wurden die Kanalbauarbeiten für den Westrand ausgeschrieben. Im nächsten Jahr sollen die Bauarbeiten durchgeführt werden. Unser Stadtteil wird weiter wachsen.

„Geisterdebatte“

war das Fazit des zweiten Publikumsredners auf der Veranstaltung der Grünen zum Thema „Pfungstberg“ – und er lag damit richtig. In der fast vollbesetzten Saalhälfte des Bürgerhauses boten die Grünen viel Prominenz auf: Bürgermeister und Planungsdezernent Olaf Cunitz und Umweltdezernentin Rosemarie Heilig. Und beide Dezernenten (Achtung Grüne: der Bericht wird fair!) boten eine sehr sachliche Information zu diesem Thema mit nur geringen Ausnahmen.

Eine Ausnahme ist z. B., dass in der Anmoderation noch von „Siedlung“ die Rede war, im Beitrag von Herrn Gläser schon von der „Trabantenstadt“ – die nie jemand gefordert hat, noch nicht mal OB Feldmann. Herr Cunitz berichtete dann auch sehr sachlich, dass es für den Pfungstberg keinerlei Beschlüsse und erst recht keine Planung gäbe. Um seine Kämpfer vor Ort zu unterstützen zeigt er dann Vorüberlegungen aus dem Jahre 1993, als es darum ging, den Pfungstberg oder den Riedberg zu bebauen. Wie die Entscheidung gefallen ist, wissen wir.

Und Herr Cunitz zeigte auch, wo in Frankfurt überall noch Bauen möglich sei, damit seien die nächsten zehn Jahre abgedeckt. Und genau darum geht der Streit im Moment, und beide Seiten – CDU und Grüne als auch die SPD – spielen mit gezinkten Karten. Die SPD insofern, dass sie zu Recht überlegt, was ist nach den zehn Jahren (Planungsprozesse dauern eben), aber so tut, als ginge es um eine baldige Beseitigung der Wohnungsnot. Und CDU und Grüne schwingen die Keule Trabantenstadt, die niemand will.

Der Einlassung des Verfassers dieser Zeilen widersprach Planungsdezernent Cunitz nicht, nämlich dass die SPD auch bei – sehr unwahrscheinlicher – absoluter Mehrheit nicht die Bagger rollen lassen könne. Erst müsse beim RP (Regierungspräsidenten) eine Änderung des Regionalen Raumordnungsplanes beantragt werden. Dieser prüfe und mache eine Vorlage, die von der Regionalversammlung beschlossen werden müsse (dort sind alle Städte und Kreise des Regierungsbezirks Darmstadt vertreten). Sollte dies im Sinne der SPD-Idee

entschieden werden, wird vom Planungsverband der Flächennutzungsplan geändert. Und erst wenn das passiert ist, könnte Frankfurt einen Bebauungsplan erstellen. Und alle Ebenen arbeiten mit Beteiligung der Öffentlichkeit, auch unter Einbeziehung der „Träger öffentlicher Belange“. – Also wird hier tatsächlich eine „Geisterdebatte“ geführt.

Sachlich waren aber auch die Einlassungen auf Vorschläge, man könne doch auch in anderen Gemeinden bauen. Hier sagte Bürgermeister Cunitz, dass so oder so Fläche versiegelt werde und im städtischen Raum eher platzsparender gebaut wird. Landwirt Mehl sen. ergänzte, dass der Boden in Wölfersheim genau so wertvoll ist wie hier.

Auch Umweltdezernentin Heilig war sehr sachlich. Sie sagte, dass der Pfingstberg für die Entstehung von Kaltluft wichtig sei und wir davon profitierten, nicht aber die Stadt (kalte Luft ist schwer und sinkt ab, in der Regel ins Niddatal, Anm. d. Red.). Aber das wollten manche Teilnehmer wohl nicht mehr wahrnehmen.

Fazit: eine weitgehend sachliche Veranstaltung, die keinen Erkenntnisgewinn brachte – für Wahlkampfzwecke aber wohl nützlich war. Und Cunitz hat nicht behauptet, dass er nie einen Antrag an den RP stellen werde. Und was meint die SPD dazu? Auf der folgenden Seite erfahren Sie mehr.

Andere Länder, gleiche Probleme

Das Thema Hundekot hat uns hier schon öfter beschäftigt. Ganz „schlaue“ Hundehalter nehmen zwar eine Tüte zur Hand, werfen aber die komplette Tüte irgendwo hin, schlimmstenfalls sogar in den Bach. Sie schaden der Umwelt damit noch mehr als wenn sie den Kot einfach liegenlassen. Denn der baut sich in ein paar Wochen oder Monaten ab, Plastik braucht Jahrzehnte dazu.

In einer sizilianischen Stadt ist folgendes Hinweisschild zu sehen:

Weil die Schrift sehr klein ist zur Verdeutlichung: am unteren Ende steht der zu zahlende Betrag, wenn Hundehalter erwischt werden; 103,44 Euro! Das könnte den einen oder die andere überzeugen.

Was meint Ihr dazu?

SPD-Mitglieder werden immer wieder aufgefordert, Ihre Meinung zum Thema Pfingstberg zu äußern: Seid Ihr dafür oder dagegen? Aber so einfach ist die Welt nicht. Für politische Menschen steht das Ja oder das Nein am Ende eines Diskussionsprozesses. Und so haben die nördlichen Ortsvereine der SPD in mehreren Diskussionsrunden auch mit unterschiedlichen Fachleuten zu einer Meinung gefunden. Ingo Kusch und Gert Wagner sind sogar nach München gefahren, um zu sehen, wie eine andere Großstadt mit diesem Problem und der Entwicklung des letztmöglichen Baugebietes umgeht.



Das Ergebnis der Diskussion wurde am 17. November der Presse vorgelegt. Den Inhalt hier widerzugeben fehlt der Platz, aber das komplette Dokument ist unter www.spd-nieder-erlenbach.de unter Dokumente einzusehen. Ebenso ein kurzer verständlicher Überblick über das komplizierte Planungsrecht. Wer sich informieren will, kann dies also tun.

Insgesamt wurde das Papier von der Presse recht positiv aufgenommen, alle Frankfurter Tageszeitungen berichteten darüber. Bei den nördlichen SPD-Ortsvereinen hat dies übrigens Tradition. Zum ersten Mal traten sie zusammen, als es vor vielen Jahren um das Baugebiet Bonames Ost ging, auch hier um eine gemeinsame Position zu finden. Und wer weiß, wie lange an diesem Baugebiet geplant wurde – ohne dass bis heute ein Bagger gerollt ist – weiß, wie weit weg das Thema Pflingstberg ist. Aber sich früh genug Gedanken zu machen ist eine Pflicht bei Politikern. Bei dem Thema Flüchtlinge sieht man, was passiert, wenn man ein Problem sehenden Auges ignoriert.



Diese Stadtteilzeitung wird von der Druckerei Spiegler gesponsert. Bitte empfehlen Sie uns als Dank an Freunde und Geschäftspartner weiter.

DRUCKEREI SPIEGLER.
DRUCKT FÜR IHREN ERFOLG!

Im Rosengarten 23
61118 Bad Vilbel
Telefon: 06101 802720
info@druckerei-spiegler.de
www.druckerei-spiegler.de

Weihnachtsmarkt

Der Weihnachtsmarkt der Bodentrampler findet am 11. Und 12. Dezember wieder im Hof der Obermühle statt. Bei Glühwein und anderen Leckereien kann man sich in vorweihnachtliche Stimmung bringen.

„Trabantenstadt“??

CDU und Grüne haben für unseren Stadtteil das Thema gefunden: die Bebauung des Pflingstberges. Und mancher hat uns SPD-ler schon aufgefordert: Ihr müsst Euch auch dagegen positionieren. Klar, wir wollen auch alle das Grün erhalten. Einfache Lösung, würde sogar von der Römerfraktion „verstanden“.

Aber so einfach machen wir uns das nicht. Die SPD im Norden hat sich sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt und in mehreren Runden mit Fachleuten zu dem Thema diskutiert und letztlich eine gemeinsame Basis und Sprachregelung getroffen. Als politisch interessierte Menschen haben wir nicht das (manchmal egoistische) Interesse einzelner zu vertreten, sondern das Interesse der Bevölkerung insgesamt. Und da gilt es abzuwägen zwischen intensiver Landwirtschaft und großem Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Wir können es drehen und wenden wie wir wollen: Frankfurt wächst immens. Gerade ist der Bau des Riederwaldtunnels für zwei Jahre verschoben worden mit der Begründung, Frankfurt wachse so stark, dass die Zahlen neu berechnet werden müssten. Und das hat mit dem Thema Flüchtlinge noch nichts zu tun, die kommen noch oben drauf.

Nun sagen manche, irgendwann muss ja mal Schluss sein mit Wachstum und immer mehr: Frankfurt wuchs in seiner zwölfhundertjährigen Geschichte immer, nur Seuchen oder Kriege führten zu Stagnation und Rückgang. Aber man könne doch im Umland bauen! Macht Frankfurt doch: die ABG-Holding baut im Offenbacher Hafen und in Friedberg Wohnungen (deren Bewohner dann wieder nach Frankfurt zur Arbeit fahren).

Apropos Hafen: auch Frankfurt wollte im Osthafen bauen, alles war durchgeplant für citynahes Wohnen im Unterhafen, der Schiffsverkehr sollte komplett in den Oberhafen verlegt werden. Woran ist das Projekt gescheitert? An CDU und Grünen, die die Interessen der Wirtschaft vertreten haben. Und dann wurden Areale an so flächenfressende Unternehmen wie UPS verpachtet. Jetzt rächt sich das.

Beim Pfingstberg geht es im Moment darum, dass Frankfurt in fernerer Zukunft noch Bauflächen hat, wenn sie denn notwendig sein sollten. Vorher müssen aber erst mal alle anderen Baugebiete, für die es schon zum Teil Bebauungspläne oder zumindest Baurecht gibt, auch bebaut werden. Erst wenn das alles fertig ist und der Druck immer noch groß ist, dann sollte man eine Reserve haben. Darum geht es jetzt. Und nicht um „Trabantenstädte“ oder andere Angstbegriffe. Grüne schüren Angst. Und wenn sie dran sind? Urteilen Sie selbst: Ausweitung des Nachtflugverbotes, kein Terminal 3 usw. Reden und Handeln sind zweierlei. Und Ehrlichkeit auch.

Gert Wagner

Impressum

Herausgeber: **SPD** Nieder Erlenbach, gegr.1904, Märker Str. 54, 60437 Frankfurt. Internet: www.spd-nieder-erlenbach.de .



Daniela Sauer



von Nieder-Erlenbach aus
für die Gebiete Frankfurt, Bad Vilbel und Vordertaunus bis Neu-Isenburg

Sie suchen einen Mieter / Nachmieter / Käufer?
Ich helfe Ihnen gerne als Auftraggeber.
Auch Wochenendtermine sind möglich

Diskretion, Schnelligkeit, Service und persönlich auf das Objekt abgestimmte Betreuung sind meine Image.

☎ (0 61 01) 40 38 40 📠 ...40 38 39 📠 0170. 3.40.86.99



Frohe Weihnachten

Frohe Weihnachten und ein gesundes und erfolgreiches 2016 wünschen Ihnen

Ihr SPD-Ortsverein Nieder Erlenbach

Ihre SPD-Ortsbeiratsfraktion

